



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

an: [vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch](mailto:vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch)

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Basel, 19. September 2023

### Regierungsratsbeschluss vom 19. September 2023

**Vernehmlassung Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE): Erweiterung der Härtefallregelung im Bereich des Zugangs zur Berufsbildung**  
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 21. Juni 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE; SR 142.201), zukommen lassen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere kurzen Bemerkungen zukommen.

Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die vorgeschlagene Änderung. Es ist sinnvoll und entspricht den tatsächlichen Bedürfnissen, Art. 30a Abs. 1 Bst a VZAE dahingehend abzuändern, dass der Zugang zur beruflichen Grundbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers erleichtert wird. Diese Änderung basiert auf der Motion 22.3392 der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates «Erweiterung der Härtefallregelung im Bereich des Zugangs zur Berufsbildung», die Ende 2022 von den eidgenössischen Räten angenommen wurde und den Bundesrat beauftragt, die erwähnten gesetzlichen Grundlagen anzupassen.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne das Amt für Wirtschaft und Arbeit, Michael Mauerhofer, [michael.mauerhofer@bs.ch](mailto:michael.mauerhofer@bs.ch), Tel. 061 267 87 78, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans  
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatschreiberin